

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 66 (1932)

221 (15.8.1932)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-789216](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-789216)

Einzelpreis 10 Pf.

Die Nachrichten -
Hilfs- und
Bezugspreis
an
den
monatlich

Heute
Nachrichten-
Sport

Nachrichten für Stadt und Land

Zeitung für oldenburgische Gemeinde- und Landesinteressen

Heute: 3 Beilagen

Anzeigen aus Oldenburg sollen die 30 mm breite Millimeterzeile 10 Pf., auswärtige 15 Pf., Familienanzeigen 8 Pf.; im Textteil die 20 mm breite Millimeterzeile für halbe 10 Pf., auswärtige 15 Pf. Bei Betriebsänderung, Streik usw. hat der Verleger keinerlei Anspruch auf die Vorfierung der Stellung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Hauptkreditgeber Wilhelm von Büch. - Verantwortlich für Inhalt Dr. Dr. Konrad Barisch, für Heftleiten Alfred Wien, für den heimatischen Teil J. Reiblog, für Handel und Wirtschaft Dr. J. Jähde, für Turnen, Spiel und Sport B. Ruyman, für den Anzeigenenteil A. Heise. - Berliner Schriftleitung: Dr. H. Heilmann, Berlin SW 68, Zimmerstr. 26/28, Fernsprecher Dönhoff (A 7) 966/68. - Druck und Verlag von H. Schwarz in Oldenburg.

Nummer 221 Oldenburg, Montag, den 15. August 1932 66. Jahrgang

Die Berichte widersprechen sich

Die amtliche Mitteilung

Berlin, 13. August.

Amtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute nachmittag im Gegenwart des Reichskanzlers v. Papen den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zu einer Besprechung über die politische Lage und zur Frage der Umbildung der Reichsregierung.

Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP, in die von dem Reichskanzler v. Papen geleitete Regierung einzutreten. Herr Hitler verneinte dies und stellte an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange zu übertragen.

Reichspräsident v. Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. Er behauptete, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen von den Reichspräsidenten abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten beruhen nationale Regierung zu unterstützen.

Die Aussprache schloß alsdann mit einer ersten Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, die von ihm angekündigte Opposition der NSDAP, ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben.

Vor dem Empfang bei dem Herrn Reichspräsidenten hatte im Laufe des Vormittags eine Aussprache des Reichskanzlers mit Herrn Hitler stattgefunden. In dieser Aussprache hatte sich der Reichskanzler erbötend, dem Herrn Reichspräsidenten Herrn Hitler als Vizekanzler in der gegenwärtigen Regierung vorzuschlagen, und ferner einige weitere geeignete Persönlichkeiten aus der nationalsozialistischen Bewegung mit wichtigen politischen und fachlichen Verrichtungen zu betrauen, um dieser Bewegung einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß auf die Staatsführung einzuräumen.

Parteiamtliche Stellungnahme der NSDAP.

Berlin, 13. August.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit: Unser Führer wurde heute zu Besprechungen mit Reichskanzler v. Papen und im Anschluß daran zu Reichspräsident v. Hindenburg geleitet. Auf die ihm vorgelegten Fragen, ob er und die Partei bereit seien, in eine Regierung v. Papen zur Mitarbeit einzutreten, erklärte der Führer: Wir sind gewillt und entschlossen, die volle Verantwortung für die deutsche Politik in jeder Beziehung zu übernehmen, wenn man uns dafür die eindeutige Führung der Regierung anvertraut. Ist das nicht der Fall, so kann die nationalsozialistische Bewegung weder an der Macht noch an der Verantwortung teilnehmen, insbesondere kommt ein Beitritt in die Regierung für die Partei nicht in Frage. Da aber der Reichspräsident v. Hindenburg es ablehnte, die nationalsozialistische Bewegung als stärkste Partei mit der Führung der Regierung zu betrauen, wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Die nunmehr getroffenen Maßnahmen für die weitere Fortführung des Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung werden in einer in der kommenden Woche stattfindenden Führerversammlung bekanntgegeben werden.

Der Führer verteilte noch am Sonntagabend Berlin. Zu dem amtlichen Kommuniqué über die Zusammenkunft Hindenburg-Hitler-Papen, die in einigen Punkten nicht unwichtige Punkte enthält, wird die NSDAP. noch Stellung nehmen.

Hindenburg wünscht beschleunigte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Berlin, 13. August.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident brachte vor seiner Abreise nach Mecklenburg gegenüber dem Reichskanzler, der sich von ihm verabschiedete, zum Ausdruck, daß - nachdem nunmehr Klarheit über die politische Lage geschaffen sei - mit der größten Beschleunigung die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit vorordentlichen Aufgaben gefördert werden müßten. Der Herr Reichspräsident erklärte hierbei dem Reichskanzler, daß er seiner tatkräftigen Unterstützung bei der Erledigung dieser Aufgaben gewiß sein könne.

Der Reichspräsident hat am Sonntagabend 19.31 Uhr mit dem fahrgelassenen Dampferzug Berlin verlassen und sich für einige Zeit wieder nach Mecklenburg begeben.

Dr. H. Berlin, 15. August.
(Vernichtendst unserer Berliner Schriftleitung)

Nach den dramatischen, die gesamte Öffentlichkeit in weitestgehendem Maße erregenden heißen Stunden des historischen Sonntagabend ist am Sonntag in allen politischen Kreisen zum mindesten äußerlich eine fassbare Beruhigung und Entspannung zu verzeichnen. Reichspräsident v. Hindenburg weist bekanntlich wieder in Mecklenburg. Adolf Hitler hat, wie uns berichtet wird, Berlin verlassen und ist nach Mecklenburg gefahren. Es ist anzunehmen, daß er dort zunächst interne Beratungen mit seiner nächsten Umgebung (den Herren Röhm und Göring) haben wird. Der Sonntag ist in der Reichshauptstadt und auch im ganzen Reich im weitestgehend ruhigen Verlauf. Die in Berlin umlaufende Nachricht, wonach Adolf Hitler nach einer Führerbesprechung die gesamte SA. für acht Tage beurlaubt habe, konnte uns von nationalsozialistischer Seite nicht bestätigt werden.

Entscheidende Beschüsse von Seiten der Nationalsozialisten erwartet man in orientierten politischen Kreisen nicht vor der gemeinsamen Tagung der nationalsozialistischen Reichstags- und der preussischen Landtagsabgeordneten, die am 16. und 17. August in Berlin stattfinden. Man überlegt in politischen Kreisen, ob die Erklärung Hitlers gegenüber Hindenburg, die nationalsozialistische Bewegung müsse die volle Staatsgewalt beanspruchen, auch für die Zukunft dahin zu verstehen ist, daß die Nationalsozialisten keine Koalition mit anderen Parteien eingehen wollen. Die Erörterung über diese Frage wird wohl längere Zeit in Anspruch nehmen, ehe sie eindeutig beendet werden kann.

Im Spiegel der Presse

Die Berliner Blätter

Berlin, 14. August.

Das Scheitern der Verhandlungen des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten mit Adolf Hitler über die Beteiligung der NSDAP. an der Reichsregierung werden von den Berliner Blättern eingehend gewürdigt. Die „Berliner Morgenzeitung“ bezeichnet den 13. August 1932 als einen schwarzen Tag in der deutschen Geschichte. Das Blatt hofft, daß der Parlamentarismus in seiner Form wieder aufsteht, und bringt darüber hinaus den Gedanken des Reichspräsidenten gegen die Übertragung der absoluten Staatsführung an die Partei „erschüttert“ entgegen, deren allseitiger Identismus der herrsche und für Deutschland wichtige Faktoren der nationalen Bewegung sei, deren überaus rasche Entwicklung und Jugend aber noch nicht die hundertprozentige Gewähr für die volle Staatsführung zu bieten vermöge.

Die „Germania“ schreibt, der Empfang Hitlers am Sonntagabend habe das eine Gute gehabt, er habe in der offiziellen Form, die es im Staatsoberhaupt, dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung zum Bewußtsein gebracht, daß die Nation mehr sei als die Nationalsozialistische Partei, und daß die Verantwortung, die der Reichspräsident vor seinem Gewissen und vor dem deutschen Volke trage, noch schwerer wiege als die parteipolitischen Sorgen einer noch so großen Bewegung. Hitler habe am Sonntagabend die Möglichkeit gehabt, seinen Propagandastil zu zeigen, der ersten Schritt einer politischen Stellung hinzuzufügen. Es ihm die Zukunft dazu noch einmal Gelegenheit geben werde, siehe dahin.

Die „Vossische Zeitung“ meint, man brauche das Scheitern der Verhandlungen nicht zu bedauern, denn die Eingliederung der Nationalsozialisten in das Kabinett von Papen hätte keine wirkliche Lösung geschaffen. Die Initiative gehe jetzt auf die Parteien über.

Die „Deutsche Zeitung“ kommt zu dem Schluß, daß sich die Regierung Papen zweifelslos darüber klar sei, daß sie im Reichstage keine Mehrheit finden würde. Mit einer Reichstagsauflösung allein sei die Lage nicht zu verbessern. Sie die Dinge auch liegen, die Lage sei jetzt eindeutig dahin gefahrt, daß die Zeit des Parlamentarismus endgültig vorüber sei.

Der „Börse-Courier“ hebt hervor, es sei ein schwerer Fehler gewesen, daß Hitler nicht schon längst und in aller Öffentlichkeit die Frage nach seiner Bereitschaft zur Übernahme der Verantwortung gestellt worden sei, und der Schein bewusster Ausbeutung der starken und lebendigen Kräfte, die seine Bewegung emporgetragen habe, habe erreicht werden können. Heute sei nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Nationalsozialisten, nachdem sie selbst die Regierung Papen-Schleicher, deren Vorlesung an die Hitlerpartei so außerordentlich groß gewesen sei, ihr Klein entgegengelehnt hätten, der Regierung Drilling sich erst recht entgegen hätten.

Die „DAZ“ schreibt, die Szene, die sich Sonntagabend im Hause Wilhelmstraße 77, in den Räumen des Fürsten Bismarck, abgespielt habe, zeige Hindenburg wieder als den Mann, der mit den Herren von Lauenburg an die ihm gestellten Aufgaben herantrat und nur die größten, die rein überlänglichen Gesichtspunkte gelten lasse. Hitler sei von den verschiedenen Seiten davor gewarnt worden, sich dieser öffentlichen Aufgabe auszuweichen. Er habe nicht auf diese Warnungen gehört und

Die Reichsregierung sieht allen am politischen Horizont mehr oder minder verschwommen auftauchenden Eventualitäten mit Ruhe entgegen und ist gefonnen, nach dem Wunsch des Reichspräsidenten dorthin auf die praktische Arbeit zu gehen, das heißt in erster Linie Verwirklichung des Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungs-Programms, das in seinen Einzelheiten durch fertiggestellte Referentenentwürfe schon weitgehend vorbereitet worden ist. Dieses Ausbauprogramm der Reichsregierung läßt sich in folgende Punkte zusammenfassen:

1. Vordringliche Finanzgriffnahme der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung,
2. Wirtschaftsanthelpe durch Erteilung von öffentlichen Aufträgen,
3. weitere organisatorische Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge mit dem Ziel weitestgehender Verbilligung der Ausgaben der öffentlichen Hand,
4. Reform des öffentlichen Schlichtungswesens mit dem Ziel einer wirtschaftsfreundlichen Ausdehnung der Karthofistik,
5. die weitere Ausdehnung des Wirkungsbereiches des freiwilligen Arbeitsdienstes und
6. Ausgestaltung des Stiehlungswesens.

Schon für Montag sind interne Ressortbesprechungen anberaumt worden, die der Durchsprechung dieser Fragen gewidmet sind. In erster Linie ist natürlich zur Finanzierung dieses Programms eine neue Fällungsmöglichkeit mit dem Präsidium der Reichsbank erforderlich. Man hofft, daß sich ein fruchtbringender Gedankenaustausch mit der Reichsbankleitung in den nächsten Tagen entwickeln wird, damit durch Annäherung der beiderseitigen Standpunkte gewisse Bedenken, die bisher die Reichsbankleitung den Finanzierungs-vorschlägen der Reichsregierung entgegengebracht hat, gestreut werden.

unbedingt auf seiner Berufung zum Reichskanzler bestanden. Was der Reichspräsident und Reichskanzler v. Papen Herrn Hitler angeboten hätten, sei nicht wenig gewagt und könne keinesfalls als ein „faules Kompromiß“ bezeichnet werden.

Die „Kreuz-Zeitung“ behauptet es lebhaft, daß der nationalsozialistische Führer durch sein Verhalten gegenüber dem Angebot des Reichspräsidenten den Versuch verübt habe, der Reichsregierung durch eine besonders innige Verbindung mit den Kräften der nationalsozialistischen Partei eine überaus wertvolle Stütze zu geben.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, daß der Versuch der Veranziehung der nationalsozialistischen Kräfte zur Teilnahme an der Verantwortung einflusslos nicht zum Ziele geführt habe.

Der „Lokal-Anzeiger“ gibt ein Gerücht wieder, daß Adolf Hitler dem Reichskanzler von Papen bei ihrem langen Gespräch auf eine Frage ausdrücklich erwidert habe, er benötige keinen „Marisch nach Berlin“. Immerhin sei durch das Scheitern der Verhandlungen zwischen Reichspräsident und Reichskanzler auf der einen, Adolf Hitler auf der anderen Seite eine gewisse Spannung eingetreten. In den Kreisen der Reichsregierung werde scharf betont, daß sich diese allen Eventualitäten voll gewachsen fühlte, und man lasse durchdringen, daß im Notfall der militärische Ausnahmezustand verhängt werden würde.

Blätter im Reich

Die „Königsberger Allgem. Zeitung“ schreibt in ihrem Leitartikel am Sonntag zu der neuen Lage u. a.: „Nicht die Frage nach, ob Hindenburg sich angeschlossen der händigen Unfähigkeit der Parlamente der letzten Jahre, praktische Aufbaubarkeit zu leisten, nicht gesungen führt, an Stelle einer Neuwahl des Reichstags eine Neuwahl einer neuen verfassunggebenden Nationalversammlung auszusprechen, die mit veränderter Wahlordnung bereits zusammenzulegen wäre.“

Die „Ostpreussische Zeitung“ erklärt, jedes Partei- oder Kabinettskabinet würde der Tod des kaum wieder erwachten nationalen Gedankens gewesen. Offenbar eine historische Stunde. Der NSDAP. war im Rahmen des Reichskabinetts Papen der Einfluß auf die Staatsführung angeboten worden. Der Einfluß des nationalen Willens wäre gestiegen und unwiderstehlich gemacht worden. Da sollte Hitler Forderungen auf, und diese Forderungen konnten einseitig nicht bewilligt werden, sollte sich nicht der Generalfeldmarschall zu einem Papen herabwürdigend, den kaum gewordenen Begriff des Autoritätsstaates wieder in einen Parteiakt, und zwar in einen einseitigen Parteiakt, umzuwandeln, und das Schlimmste von allem, das Aussehen der Wehrmacht, geradezu leichtfertig zu gefährden. Es ist eine deutsche Tragödie, die sich jetzt abgespielt hat, und den Mann, der in einer jahrzehntelangen Arbeit den Aufbau der Nation herbeiführte, in der Stunde, in der es anstam, nicht über sich selbst wachen ließ.

Das „Königsberger Tageblatt“ führt aus, was die blickende Kabinett v. Wapen siehe einer erdrückenden Bilanz von Kabinettstürmern gegenüber. Deshalb sei der einzige Weg gewesen, ein Präsidialkabinett mit Duldung des Zentrums und der Nationalsozialisten oder eine Koalitionsregierung zwischen diesen beiden Parteien. Beide Wege habe Hitler verschüttet.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Wer zwischen den Jellen des antiken Kommunismus zu lesen versucht, der weiß, daß der Reichspräsident selbst und seine Berater, die davon überzeugt waren, durch ihre Politik das Staatspolitische Wunder der Einbeziehung der NSDAP in die Verantwortung für den bestehenden Staat vollbringen zu können, außerordentlich tief enttäuscht sein müssen. Wir erraten wohl die Gefühle dieser Persönlichkeiten, wenn wir sagen, die können nichts anderes denken als: Der Führer der Nationalsozialistischen Partei hat sein Wort gebrochen. Eines dürfte sicher sein: die innere Einstellung aller dieser Staatsmänner gegenüber der NSDAP, und ihre Politik kann und wird davon nicht unberührt bleiben. Dies ist vielleicht das einzig Erfreuliche an der nunmehr geschaffenen Situation. Der Nachweis ist erbracht: Herr Hitler kann nicht, selbst wenn er im Grunde wirklich gewollt hätte, sehr viel für die Sache tun, daß diesem Mann die Bewegung, die er selbst geschaffen hat, über den Kopf gewachsen ist, und daß er den Mut zu der Handlung nicht aufbringt, die er beabsichtigt hatte.

Die „Kölnische Volkszeitung“ bringt eine aus unrichtigen Berliner Zentrumskreisen stammende Stellungnahme zu den politischen Ereignissen des Samstags, die wie folgt lautet: „Der heutige Tag hat ganz klar erwiesen, daß sich die Reichsregierung sowohl vor wie nach den Wahlen einer Täuschung hingegeben hat. Es hat sich herausgestellt, daß die Warnungen des Zentrums nur allzu berechtigt waren. Die Nationalsozialisten haben maßlose Forderungen gestellt, die ihnen weder der Reichspräsident, noch die Reichsregierung bewilligen konnte. Die Verantwortung der Reichsregierung ist damit riesengroß geworden. Sie hat dafür zu sorgen, daß Ruhe und Ordnung in den nächsten Tagen unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben.“

In politischen Kreisen beschäftigt man sich nach wie vor mit dem Verlauf der heutigen Verhandlungen. Man glaubt, daß der Reichstag zu dem verfassungsmäßig vorgesehenen Termin nicht einberufen werden wird; nach dem, was man in Regierungskreisen hört, sind Reichsminister und Reichswehr ebenfalls auf alle Eventualitäten vorbereitet.

Die „Kölnische Volkszeitung“ fügt zu diesen Ausführungen hinzu: „Diese Sätze beleuchten bittersüß den Ernst der Lage. Wir erwarten zunächst Festigkeit der Regierung gegenüber allen Versuchen von gewisser Seite, einen Druck auszuüben, der das Ergehen möchte, was in Verhandlungen nicht erreicht wurde. Später wird anders zu besprechen sein. Die Tatsache, daß Reichspräsident v. Hindenburg nach Meibach abgereist ist, ist geeignet, Verwirrung zu schaffen. Wir nehmen an, daß die Verantwortlichen Herr der Lage sind, die von denjenigen kompliziert werden soll, die jedoch mit ihren sinnlosen Forderungen abgewiesen wurden.“

Der Sonntag ist in Berlin, soweit bisher festgestellt werden konnte, völlig ruhig verlaufen. Es haben sich nur einige kleinere Zusammenkünfte ereignet, bei denen insgesamt 17 Personen festgenommen wurden. Zwölf von ihnen befanden sich am Sonntagabend noch in Haft.

Deutscher Höhenforschungsballon erreichte 28000 Meter Höhe

Stuttgart, 13. August.

Nach wochenlangen Versuchen gelang es, wie gemeldet wird, Professor Dr. Wegener vom Physikalischen Institut der Technischen Hochschule Stuttgart am Freitag, einen Höhenforschungsballon mit automatischen Meßgeräten zur Erforschung der technischen Ultrastrahlung bis auf 28000 Meter Höhe durchzuführen. Entgegen allen seitherigen Annahmen konnte Professor Wegener nachweisen, daß die Zunahme der Intensität der Höhenstrahlung in größeren Höhen als 12000 Meter ganz wesentlich nachläßt. Bekanntlich beabsichtigt Professor Piccard bei seinem Aufstieg gleichartige Messungen durchzuführen. Wegener konnte dies durch 14 genaue Messungen nachweisen, während Piccard bei seinem letzten Aufstieg nur eine Messung in 16000 Meter Höhe nachweisen konnte. Wesentlich ist, daß Wegener durch die geistvolle technische Durchbildung der selbständig arbeitenden Meßgeräte in der Lage ist, den Verlauf der aus dem Weltall zu uns dringenden Ultrastrahlung schon vor ihrem Eintritt in die Erdatmosphäre zu erforschen. Mit bemannten Ballonen dürfte dies niemals möglich sein.

Eine 100 Personen ertranken

Eine Gistfische verurteilte bei Nepani in Kolumbien das Sinken eines Fährbootes und führte dadurch den Tod von etwa 100 Menschen herbei. Die Fährte ließ bei der Überquerung eines überfluteten Flusses mit einem schwimmenden Baum zusammen, auf dessen Zweigen eine große Gistfische in das Boot herüberkroch. Die Fährte wurden in eine derartige Panik versetzt, daß sie alle nach einer Seite des Bootes stürzten, so daß dieses sofort kenterte. Die etwa 100 Fährgeäste fanden den Tod durch Ertrinken.

Weiteres Gold aus der „Geyte“ geborgen

Die italienische Bergungsdampfer „Artiglio“ landete am Sonntag in Plymouth Gold und Silber im Werte von vier Millionen RM, das erneut aus dem Wrack des im Kriege gesunkenen Dampfers „Geyte“ geborgen worden ist. Das Gold wurde in einem besonders für die Förderung von Goldbarren gebauten Kranwagen nach London geschickt.

Flugzeug beim Rundflug abgestürzt — Vier Tote, ein Schwerverletzter

Am Sonntag veranfaßte die Masaryk-Fliegerliga einen Flugtag in Bobitz bei Trebnitz, wobei auch Rundflüge unternommen wurden. U. a. flog der Flugführer Stritz mit einer fünfzähligen Kabinenmaschine Dablon mit vier Fluggästen zu einem Rundflug ab. In etwa 100 Meter Höhe über dem Flugplatz kam die Maschine plötzlich ins Schwanken und stürzte ab. Die vier Insassen waren auf der Stelle tot. Der Flugführer konnte nur noch in schwerverletztem Zustand geborgen werden. Am ersten Aufkommen wird gewartet.

Die Einweihung des Mosellkanals

Neben Herriots und Lebruns

Paris, 14. August.

Der Präsident der französischen Republik, der Ministerpräsident und der Minister für öffentliche Arbeiten teilten am Sonntag in Metz, um den neuen Kanal Metz-Bionville einzunehmen.

Während des Festes, das die Handelskammer und die Kanalgesellschaft gemeinsam veranstalteten, wurden mehrere Ansprachen gehalten. Minister Daladier behandelte die wirtschaftliche Bedeutung des neuen Kanals und der Anlage eines großen Industriezentrums in Metz, sowie Bionville. Herriot führte dann u. a. aus:

Was man auch hier oder dort denken und sagen möge, so finde man doch in Metz Frankreich in seiner reinen Gestalt. Für alle Franzosen sei die Mosel ein geistiger Fluß. Der gleiche Wille, sich in Frieden und Gerechtigkeit unter den mitterlichen Schutz Frankreichs zu fügen, wie sich in Metz wie in der Bretagne, wo sechsen die 400-Jahr-Feier stattgefunden habe, und, das von schwerem Martyrium heimgeführt sei. Metz schloß seine berühmten Porten allen Eindringlingen, um sie nur noch den französischen Kriegen freiwillig zu öffnen. Nach einem Ueberblick über die Kriegsgeschichte bezeichnete der Ministerpräsident die Mosel als einen Weg des Friedens, der geeignet sei, zwei große Kulturen zu vereinigen oder sie wenigstens im Zeichen des Friedens zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. Die Bedeutung des Friedens werde in diesem Lande, das so oft barbarischen Eindringlingen ausgesetzt gewesen sei, und durch

den Krieg verheert worden sei, voll verstanden. Das Ungeheuer des Krieges müsse für alle Zeiten verschwinden. Neben dem Frieden und den beständigen Verpflichtungen, wie sie in dem Briand-Kellogg-Vertrag niedergelegt seien, den der amerikanische Staatssekretär Stimson jedoch mit erhebenden Worten ausgeführt habe, habe man doch Ruhe zur Gewalt und Völkern auf den Krieg, die man für immer überwinden glaube. Am gestrigen Tage habe jedoch die Notwendigkeit betont, Streitkräfte zu Wasser und zu Lande aufzurichten, damit kein fremder Soldat ins Land eindringen könne. Fest in seinem Willen, alle Werke des Friedens zu unterstützen, und an allen Bemühungen um den Frieden teilzunehmen, durch die Ermunterung an die Bergangenheit gegen jede Unvorsichtigkeit gefestigt, nehme sich ganz Frankreich ein Beispiel an einer Stadt, die nie aufgehört habe, für Freiheit und Würde einzutreten.

Nach dem Ministerpräsidenten unterfrisch Präsident Lebrun in einer zweiten sehr umfangreichen Rede wiederum seine starke Verbundenheit mit Metz und seiner engeren Heimat Lothringen. Er hob die Bedeutung des neuen Kanals hervor, der den wirtschaftlichen und industriellen Belangen in hohem Maße diene. Dann der Mosel sei es vom fernen Mittelmeer kommenden italienischen Geist gelungen, bis an die Ufer des germanischen Rheins vorzudringen. Fest entschlossen, alles für seine Sicherheit zu tun, sei Frankreich ebenso gewillt, der Ueberlieferung getreu die Verhängung unter den Wölfen zu fördern. Ein Mittel dieser Verhängung liege für die Zukunft darin, die Mosel aus ihrer Einsamkeit zu befreien und den schiffbaren Wasserweg bis zum Rhein zu verlängern.

Hoffentlich wird Danzig nicht enttäuscht

Unterzeichnung dreier Protokolle zur Entspannung der Beziehungen

Danzig, 13. August.

Am Laufe der letzten Tage haben die Minister des Danziger Völkerbunds-Kommissars, Grafen Gravin, und des von ihm nach Danzig eingeladenen Referenten für die Danziger Angelegenheiten im Völkerbundssekretariat, Helmer-Rosting, Verhandlungen stattgefunden, mit dem Ziele, eine Entspannung der Danziger-politischen Beziehungen herbeizuführen. Als Ergebnis dieser Verhandlungen sind am Sonntag drei Protokolle von dem Präsidenten des Danziger Senats, Dr. Ziem, von dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig, Dr. Pappe, und dem Danziger Völkerbunds-Kommissar Grafen Gravin unterzeichnet worden.

In dem ersten Protokoll hat der Vertreter Polens folgende Erklärung abgegeben: „Von dem lebhaftesten Wunsche befeuert, soweit es irgend in ihrer Macht steht, zur Besserung der Beziehungen zwischen Danzig und Polen beizutragen, und da Danzig und Polen durch die Verträge eng miteinander verbunden sind, erklärt sich die polnische Regierung fest entschlossen, energisch auf ihrem Gebiete gegen jede Wirtschaftsspropaganda vorzugehen, die gegen die Danziger Unternehmungen und die aus Danzig kommenden Erzeugnisse gerichtet ist, sowie von ihrer Autorität Gebrauch zu machen, um gegen Personen Danziger Staatsangehörigkeit gerichtete feindliche Handlungen oder Unternehmungen zu verhindern.“

Der Vertreter Danzigs hat mit Befriedigung von dieser Erklärung Kenntnis genommen.

In dem zweiten Protokoll gibt der Vertreter Danzigs eine ähnliche Erklärung ab, wonach auch Danzig fest entschlossen ist, auf seinem Gebiet gegen jede Wirtschaftsspropaganda vorzugehen, die gegen polnische Unternehmungen und die aus Polen kommenden Erzeugnisse gerichtet ist.

In dem dritten Protokoll gibt der Danziger Vertreter eine Erklärung ab, nach der über die allgemein anerkannten internationalen Regeln hinaus die Danziger Regierung den polnischen Kriegsschiffen in Zukunft widerwillig eine Reihe von Erleichterungen gewähren wird. Danach teilt die polnische Regierung zu Beginn jeden Jahres dem Danziger Senat amtlich die Namen der Schiffe mit, die im Laufe des Jahres von dem Hafen von Danzig Gebrauch machen werden.

Der Danziger Senat versichert im allgemeinen auf Salute und offizielle Besuche beim Einlaufen polnischer Kriegsschiffe in den Hafen von Danzig, wenn der Besuch aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt (Erklärung der Botschafts-Botschafter). Die offiziellen Besuche der polnischen Marine bei der Freien Stadt Danzig sollen in jedem einzelnen Falle im Einvernehmen zwischen dem Danziger Senat und der polnischen Regierung geregelt werden. Jede Meinungsverschiedenheit, die zwischen Danzig und Polen aus Anlaß des Einlaufens der genannten polnischen Schiffe in den Danziger Hafen, ihres Aufenthaltes und ihrer Durchfahrt entsteht, soll der Entscheidung des Danziger Völkerbunds-Kommissars unterbreitet werden. Die Entscheidung des hohen Kommissars soll sofort vollstreckbar sein und unabsehbar der

etwaigen Ausübung des Berufungsrechtes an den Völkerbundsrat in Genf. Diese Erleichterungen sollen während eines Zeitraumes von drei Jahren nicht geändert werden. Der Vertreter Polens nahm von dieser Erklärung Danzigs mit Befriedigung Kenntnis. Bemerkenswert ist, daß der Vertreter Polens nach Unterzeichnung des Protokolls offiziell erklärte:

„Die natürliche Folge dieser Regelung der Frage des Einlaufens und des Aufenthaltes polnischer Kriegsschiffe in Danzig wird die sein, daß die polnische Regierung soweit als möglich die Ausbesserung ihrer Kriegsschiffe in Danzig bewirken lassen wird.“

Mit der Unterzeichnung dieser drei Protokolle ist eine Reihe von schwerwiegenden Danziger-politischen Streitfragen einseitig geregelt. Einseitig ist das Danziger Wirtschaftslieben schwer belastenden polnischen Boykotts ist eine klare Erklärung der polnischen Regierung erreicht, von der man sich in Danzig eine wesentliche Erleichterung der Lage versprechen kann, wenn die polnische Regierung hinter diese Erklärung tatsächlich ihre ganze Macht stellt. Bezüglich der von Danzig abgegebenen Erklärung über das Einlaufen und den Aufenthalt polnischer Kriegsschiffe in Danzig kann festgestellt werden, daß in dieser seit Jahren immer wieder zu gefährlichen Meinungsverschiedenheiten führenden Frage endlich eine Regelung wenigstens versucht werden mußte. Aber hoffentlich wird Danzig nicht enttäuscht.

Die erste Quittung

„Danzig muß polnisch werden!“

Danzig, 14. August.

Am Sonntag fand in Gdingen die Tagung der Legionäre ganz Polens statt. Die Eisenbahnzüge mit den Teilnehmern, die das Gebiet der Freien Stadt Danzig durchfahren mußten, trafen zwischen 6 und 8 Uhr morgens aus allen Teilen Polens in Gdingen ein. Zum großen Teil waren die D-Züge mit Aufschriften in deutscher oder polnischer Sprache versehen, wie: „Wieder mit Deutschland!“, „Wieder mit Hitler!“ usw. Auf einem Wagen war ein Galgen dargestellt, an dem ein Nationalsozialist hing. Die Züge hielten eigenartigerweise mehrfach im Gebiet der Freien Stadt Danzig, so auch auf dem Danziger Hauptbahnhof, wo die Insassen aufsteigende Rufe gegen Danzig laut werden ließen, u. a. wurde geschrien: „Danzig muß polnisch werden.“

Nachdem die Züge in Gdingen eingetroffen waren, wurden die Legionäre in Formationen zum Meerestrand geführt. Den Höhepunkt der Feierlichkeiten bildete ein Festakt auf dem Wilson-Platz. Die alten Legionärsfabriken aus dem Weltkrieg wurden von der Flotte mit Salutschüssen begrüßt. Dann wurden die Fahnen und Standarten anderer Organisationen mit der Spitze ins Wasser der Ostsee getaucht.

Sonntagnachmittag verschied in Freudenstadt der badiische Innenminister Emil Maier an einem Herzschlag.

Am Sonntagmittag kam es in Offen-Menden zu Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, wobei auch Schüsse fielen. Mehrere Personen wurden verletzt.

Präsident Hoover hat nunmehr die Krisenkonferenz einberufen, in der auch die Vorbereitungen für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz getroffen werden sollen.

Die „Klobe“ liegt 21 Meter tief westlich von Nehmarn-Neuerhoff. Das Einschleppen soll in der zweiten Hälfte der Woche erfolgen.

In der Nähe von Texas richtete ein Wirbelsturm in einem Gebiet von 300 Kilometer Länge großen Schaden an, der auf über eine Million Dollars geschätzt wird. Wälder wurden dreizehn Tage gestört.

Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem leeren Ueberlandautomobil in der Nähe von Talbot am Bristol-Kanal wurden vier Personen getötet und zwölf schwer verletzt.

Bei den technischen Prüfungen im Rahmen des diesjährigen Internationalen Europa-Rundfluges haben in Esten in der Bewertung der Ausrichtung die Polen und Italiener am besten abgeschnitten.

Afghanistan bekommt eine Universität

Nadir Schah, der König von Afghanistan, schreibt auf dem Wege, den schon sein Vorgänger betreten hat, sein Land der modernen Zivilisation und Bildung immer mehr zu erschließen, richtig vorwärts. Der bereits von Amanullah begabte Plan: die Schaffung einer Universität in seinem Land — wird in der neuen Stadt Darelmann, 5 Kilometer von der Hauptstadt Kabul entfernt, zur Ausführung gelangen. Wie Londoner Blätter berichten, hat sich eine Kommission nach Europa gegeben, um hier mit Professoren wegen ihrer Berufung an die neue Universität zu verhandeln und die Grundlinien des Studienplans festzusetzen. Angewiesen werden schon jetzt von deutschen und französischen Professoren Vorlesungen in Afghanistan gehalten: jede der beiden Gruppen zählt 400 Studenten, die in diesem Winter nach Europa kommen werden. Wenn auch Nadir Schah von dem Wunsche befeuert ist, das Universitätsystem seines Landes nach europäischen Richtlinien zu gestalten, so ist er doch weit von dem geistigen Vorwärtsschritt entfernt, sein Land als ein Land nach westlichen Grundgesetzen umzuformen und die heimischen Sitten und Lebensbedingungen zu modernisieren.

Die Regierung in Stuttgart wird mit Wirkung vom 1. Oktober ab aufgelöst. Die Stadt- und Landkreis der Regierungsbezirks werden dem Regierungsbezirk Stuttgart zugeteilt.

Der kommunistische deutsche Innenminister Dr. Bracht hat alle Polizeibehörden angewiesen, alle Kräfte und Mittel einzusetzen um jeden Terrorakt auf dem schnellsten Weg aufzuheben.

1. Beilage

zu Nr. 221 der „Nachrichten für Stadt und Land“ vom Montag, dem 15. August 1932

Aus Stadt und Land

Oldenburg, 15. Aug. 1932

Forderung der Wohnungswirtschaft

Wie wir vor einigen Tagen meldeten, ist eine Verordnung des Staatsministeriums herausgegeben, durch die die Forderung der Wohnungswirtschaft durchgeführt wird. In der Verordnung wird zunächst bestimmt, daß die folgenden Gemeinden als Gemeinden ohne Wohnungsmangel gelten: Bockhorn, Dohrborn, Schöndor, Emfel, Södingen, Oßen, Stridlingen und Borsfel. Im übrigen findet das Wohnungsmangelgesetz und seine Bestimmungen keine Anwendung auf Wohnungen, deren Jahres-Friedensmiete über 400 RM in der Gemeinde liegen beträgt und über 300 RM in folgenden Gemeinden: Osmiede, Rastede, Wpen, Barel-Land, Jode, Schortens, Sande, Genshamm, Abbehausen, Warfesh, Hasbergen, Gandersee, Alfensfeld, Goldstedt, Bisdorf und Neuenkirchen. Die vorstehenden Änderungen betreffend Gültigkeit des Wohnungsmangelgesetzes, die Hauptvorschriften des Mieterkutschgesetzes und des Reichsmietengesetzes werden aufgeführt für die Gemeinden Oßen, Holle, Wardenburg, Gaten, Wiefelsede, Bockhorn, Jodel, Reuenburg, Schweiburg, Stuhl, Schöndor und die Landgemeinden der Amtsbezirke Wildeshausen, Cloppenburg und Friesoythe. Während die Hauptbestimmungen des Mieterkutschgesetzes und Reichsmietengesetzes für die vorgenannten Gemeinden völlig wegfallen, gilt das für die nachfolgenden Gemeinden jeweils nur für Wohnungen mit einer bestimmten Friedensmiete, und zwar: 1. 600 RM und mehr in der Gemeinde Hasbergen; 2. 500 RM und mehr in den Gemeinden Wiefelsede, Wgen, Gandersee und Alfensfeld; 3. 450 RM und mehr in den Gemeinden Osmiede und Rastede; 4. 400 RM und mehr in den Gemeinden Barel-Land, Jode, Schortens, Sande, Fude, in den Gemeinden des Amtsbezirks Wiefelsede und in den Landgemeinden des Amtsbezirks Elsfleth; 5. 300 RM und mehr in den Gemeinden Elshamm, Schwarzden, Toffens, Langwarden, Burhave, Waddens, Genshamm, Seefeld und in den Landgemeinden der Amtsbezirke Wrafte und Wedda; 6. 250 RM und mehr in den Landgemeinden des Amtsbezirks Jever mit Ausnahme der Gemeinden Schortens und Sande.

Führerwechsel im Oldenburger Jungvolk

Das Jungvolk in der Hiler - Jugend, Fährlein Andreas Hofer (Oldenburg), übte am Sonnabend zum letzten Male unter Führung des bisherigen Leiters, Fährleinführer Hermann Janßen, in der Turnhalle an der Margaretenstraße. Unter der Leitung Janßens hatte das Oldenburger Jungvolk eine gute Entwicklung genommen, und die Jungen waren zu dieser Mitgliedsrunde in großer Zahl erschienen, um dem scheidenden Führer Abschied zu sagen. Nachdem in der Turnhalle das bisher Gelernte in Ordnung- und Marschübungen wiederholt war, ging es hinaus ins Freie. Eine Abteilung mit Fahrrädern, die anderen auf Schufern: Infanterie und Kavallerie. Für die Nachbater gab es unterwegs noch etwas zu lernen: Fahrradgereizter Gut bei starrer Ordnung ist es möglich, in größeren Abteilungen ohne Zusammenstoß und ähnliche Hemmnisse zu fahren. Am Ziel angekommen, wurden die Fahrräder hier ausgegibt, und dann erscholl das Kommando: „Zug! Die Räder zusammen!“ Inzwischen war auch die Infanterie angekommen. Ein Sangeskreis zwischen beiden Abteilungen füllte die Ruhepause aus. Dann aber drängten die Jungen; denn die Wärme und Mücke luden zum Geländespiel ein, und nach kurzer Einteilung und Vespierung der Aufgaben wurde reiches Jungleben im Bürgergäßchen lebendig. Auf vier Fingern wurde zum Sammeln „geblasen“. Die Gliederung des Fährleins Andreas Hofer in zwei Jungzüge, diese in vier Junggruppen, wurde bekanntgegeben. Die vorläufig bestimmten Führer legten eine erste Probe ihres Könnens ab. Darauf erfolgte als Abschluß die Uebergabe der Abteilung. Noch einmal ließ Fährleinführer Janßen auftreten. Mit anerkennenden Worten dankt ihm der Vansführer der Hiler-Jugend für seine Arbeit und wünscht ihm zugleich mit all seinen Jungen für die Zukunft erfolgreiche Tätigkeit in der neuen Lebensaufgabe. Darauf übernahm der neue Führer, Parteigenosse Jungführer Eismann, das Fährlein und führte es nach Oldenburg zurück. Am Donnerstag, 16. Uhr, hält Fährleinführer Eismann an auf dem Saarefeld seinen ersten Sportnachmittag mit dem Jungvolk ab.

Zweite oldenburgische Aquarien-Ausstellung

In enger Zusammenarbeit der Oberrealschule mit dem Verein der Aquarien- und Terrarienfreunde ist in der Oberrealschule, und zwar in den dafür sich besonders eignen den Kellerräumen, die zweite Ausstellung dieser Art entstanden, nachdem der Erfolg der ersten Ausstellung für die Schule und den Verein ein unglaublich großer gewesen ist. Dadurch ermutigt, haben sich verschiedene Herren, und zwar in erster Linie Student Dr. Behrens, Jugendleiter Wolf und Herr Knack mit Unterstützung von Dr. Behrens, der Dr. Müller bereits im April dieses Jahres an die Arbeit gemacht, um in monatelanger liebevoller Tätigkeit ein Werk entstehen zu lassen, das sich am Beside den zahlreichen Besuchern und Schülern sowie Lehrern zusammenfassen, präsentieren konnte. In sieben Räumen sind die verschiedenartigen Fischgattungen untergebracht, Erläuterungen sind über die Art der Bewohner der Aquarienfasz, die einzelnen beleuchtet sind, und die durch einen abgedachten Kreislauf durchgeflossenen Wasser zugeführt bekommen, beigegeben, womit die Orientierung auch für Laien eine sehr übersichtliche ist. So werden gezeigt u. a. unsere heimischen Fische in acht großen Becken, weiter Barsche, Heise und Goldfische der alten und der neuen Welt. Hier ist besonders interessant die Brutpflege der Goldfische. Dann gibts zu sehen und zu studieren Zahnkarpfen (eierlegenden und lebengebärenden) in prächtigen Formen und eigenartigen Anfassungen. In der

Oldenburgischer Beamtenstag

Elsfleth.

In unserer Stadt waren gestern hunderte von Beamten bzw. Beamtinnen zu Gast, soweit sie sich beteiligen wollten an den vom Landesrat Oldenburg ausgerichteten Tagungen. Die erste von ihnen war die

Kaufmannskongregation

in Geislers „Großberg“ von Oldenburg am Vormittag. Es handelte sich dabei nicht um geschäftliche Angelegenheiten zum größten Teil interner Art. Ein schweres Gewitter ging über die Stadt hinweg, und die Teilnehmer mußten sich in der Halle der Kaufmannskongregation unter dem Schutz der Dächer aufhalten. Die Verhandlungen und besonders das Bundesvorstandsmittagessen Strammann aus Berlin begrüßte. Er gab dann einen ausführlichen Jahresbericht, in dem über die Tätigkeit der Kaufmannskongregation im vergangenen Jahr berichtet wurde. Die wirtschaftlichen Verhältnisse brachten viel Unannehmlichkeiten mit sich, und manchmal war es unangeheuer schwer, beim besten Willen das Richtige zu treffen. Keiner streifte auch das Gebiet der Gesundheitsfürsorge und der Sonderfürsorge für den Landesrat Oldenburg. Er teilte mit, daß das Kirchensteuer-Gesetz von der Regierung eine besondere Prüfung zur Beratung und zur Stellungnahme vorliegt. Bedauerlicherweise sei ein Austritt aus der Kirche erfolgt, weil die betr. Organisationen ihren Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund erklärt hätten. Leider seien Kräfte am Werk, das Gebäude des Bundes zu zerrüttern. Es gelte daher, alle Kräfte dafür aufzuwenden, daß dies nicht geschieht. Ungeheure Summen seien durch die Kürzung des Bundesbeitrags und damit ihrer Kaufkraft entzogen worden. Vieles habe man Beamten ihre Gebälter überhaupt nicht, oder doch nur zum Teil zahlen können. Erfreulicherweise hätten trotz aller mißlichen Zeitumstände die Bildungsbeiträge unter den Beamten nicht aufgehört. Es sei besonders zu betonen, daß der Parteitag der Kongregation fernbeisitzende Beamte, sonst bei deren Ende gekommen. Jeder müsse sich parteipolitisch einfinden, sei es wolle, wenn er sich aber in einer Beamtenversammlung befinde, muß er alle parteipolitischen und religiösen Gesichtspunkte ausschalten, oder aber aus der Organisation austreten. Dies sei offen zu sagen. Unzutun sei den Beamten, sich in ihren laienhaftigen Verbindungen etwas zurückhalten, damit diejenigen, die den Beamten gerne das bürgerliche Nachdenken nehmen, für diesen Wunsch keine Gründe haben. Das letzte Ziel der Beamtenkassabteilungen sei die Aufrechterhaltung des Berufsbeamtenstandes. Die Beamtenkassabteilung sei die ruhige Wolke gewesen, und darauf sei oft manches Wahnsinnige verbannt worden, was zweifellos zu großem Schaden geführt hätte. Auch die Beamtenkassabteilung habe die große Hoffnung, daß für Volk und Vaterland noch einmal eine bessere Zukunft kommen werde. (Beifall.)

Rechnungsführer Mohrner legte dann die Rechnung dar. Bei einer Einnahme von reichlich 6054 RM und einer Ausgabe von reichlich 5683 RM verbleibt ein Kassenschatz von fast 376 RM. — Der neue Monatsplan rechnet mit einer Einnahme von 4520 RM und einer Ausgabe von 4064 RM, also mit einem Ueberschuß von 456 RM. — Unter Leitung des zweiten Vorsitzenden J. D. D. wurden dann die erledigten Punkte zur Ausprache gestellt. Hauptlehrer (Landtagsabgeordneter) Behrens: Es wird immer betont, der Beamtenbund solle neutral sein, er sei es aber nicht. Seine Grundanlage, der Liberalismus, der kaum noch Bedeutung habe, sei Schuld an der Zersplitterung des Bundes. Er habe den Boden unter den Füßen verloren. (Beifall.) Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß er hier nicht in einer politischen Versammlung sich befinden. Herr Behrens: Ja, wir sind nicht mehr politisch, denn als Herr A. es getan hat. Wir Nationalsozialisten wollen keineswegs die Organisation zerfallen lassen, sondern sie nur aus ihrer Zersplitterung herausbringen. In der weiteren Ausprache wird von B. I. O. n., Delmenhorst, und E. A. n., Wittingen, auf die verschiedenen Berichte und Zahlen in Briefartikeln hingewiesen. Es sei zu empfehlen, bei jedem Ortsrat eine Preisfestschätzung zu bilden. — Herr Strammann, Berlin, suchte in längeren Ausführungen das Verhalten des Bundesvorstandes zu rechtfertigen bzw. aus den sich überlagernden Vergebenheiten, wobei man nicht recht aus dem ich gewohnt habe, zu erklären. Auch er unterbreitete die Forderung, jede Parteipolitik von der Organisation fern zu halten. Es komme darauf an, den Boden der sachlichen Arbeit zu bewahren und nicht Rücksicht zu nehmen auf die jeweiligen

Männer. Stets ist die Forderung zu stellen: Sine in die Parteien! aber niemals direkte Parteipolitik aufgeführt werden, ihrer Politik wegen in die Organisation einzutreten. — Nachdem Herr Behrens das Schlußwort gesprochen und der Ueberzeugung Ausdruck gegeben hatte, daß Einfachheit und Vernunft noch in solchem Maße bei der Beamtenkassabteilung vorhanden sei, daß sie sich durchsetzen vermöge, fand die Sitzung gegen 2 Uhr nachmittags ihr Ende.

Ein gemeinschaftliches Mittagessen einfacher Art härtete darauf ihre Teilnehmer für den

Eigenen Beamtenstag

der bald nach 3 Uhr im Saale des „Lindenhofes“ zu Dörrege begann. Auch diese leitete Herr Behrens. Besondere Begrüßungsworte richtete er an Amtshauptmann Wilmann und Bürgermeister Ehlers, Elsfleth, sowie wiederum an Herrn Strammann, Berlin. Er freute sich zu der kaum erwarteten großen Menge von Besuchern und dankte dem Ortsrat Elsfleth für die Vorbereitungen zu den heutigen Tagungen und der freundschaftlichen Empfang. Ortsrat Elsfleth bedankte sich für die Begrüßung, hoffte, daß die Arbeit im Sommerfeld, sowie der Beschriftung den Gästen in angenehmer Erinnerung bleiben möchten. Amtshauptmann Wilmann wünscht auch namens des Bürgermeisters der Tagung einen erfrischenden Verlauf. Es folgte dann der Vortrag des Herrn Strammann, beifall.

Der Beamte in den Wirren der Zeit

Redner beantwortete zunächst die Frage, was die Arbeitsbeschaffung mit dem Beamten zu tun habe. Es sei darauf zu antworten: „Wirtschaft ist unser Schicksal.“ Für die Wirtschaft bzw. ihre Erhebung kommen dreierlei in Frage: der Absatz, die Produktion und die Beschäftigung. Der Absatz, oder besser die Ausfuhr, sei im Monat Juni gegen den gleichen Monat des vorigen Jahres um 300 Mill. RM oder um 40 Prozent zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit dürfte in nächster Zeit noch erheblich höher eine Steigerung erfahren, daß gewisse Saisonarbeiten aufhören. Wer allein können eine Besserung nicht herbeiführen; auch andere Staaten sind dazu nicht imstande. Es muß Einfluß auf die Weltwirtschaft ausgeübt werden. Die hinter uns liegenden Wirtschaftskrisen haben noch ein gut Teil Optimismus zunichte gemacht. Es kommt zunächst darauf an, bestimmte Kräfte und Mischungen abzuheilen. Redner behauptet, dann ausschließlich alles, was von der Bundesleitung gelegentlich der letzten kritischen Ereignisse getan worden ist. Der Bundesvorstand könne vor jeder Kritik in der Geschichte bestehen. Hinsichtlich der Lohn- und Gehaltsentfungen müsse gefunden werden, daß keine andere Regierung daran vorbei hätte kommen können. Keinerlei gefährlich seien die vielfach aus der Zeit gegangenen Gerüchte über weitere bevorstehende Gehaltsentfungen. Die Beamtenkassabteilung müsse darauf bedacht sein, dem Bundesvorstand nicht gleichsam in den Rücken zu fallen wie das in Weidenburg-Streß geschehen sei. Mit einem besonderen Hinweis darauf, daß der Beamtenbund immer der überparteiliche objektive Garant sein müsse, schloß Herr Str. seine beifälligen aufgenommenen Ausführungen.

Der Vorsitzende des Oldenburgischen Beamtenbundes, Herr J. n. b. r. t. bekräftigte nach noch längeren Ausführungen mit den die oldenburgischen Staats- und Gemeindefunktionären und Lehrer angehenden Angelegenheiten. Sein Vortrag führte zu einer Entschiedenheit, die nach mehreren aus der Verammlung gewünschten Änderungen einstimmig angenommen wurde. Sie lautet:

Oldenburger Schützenfest

Bei dem herrlichen Wetter übte das dreitägige Schützenfest, das Sonntag seinen Anfang nahm, auf jung und alt wieder seine so oft bewährte Anziehungskraft aus, so daß sich auf dem Festplatz bald ein reges Leben und Treiben entwickelte. Besonders die Kinderwelt, die sehr zahlreich vertreten war, kam in jeder Beziehung auf ihre Rechnung. Was man sich nur wünschen kann, ist zu haben. Runden- und Zunderbrenn, Rantboretten, Ruckhallen, Eisbällen liefern ihre Waren in vorzüglicher Qualität und für billiges Geld. Wer seinen Durst löschen will, findet dabei reichlich Gelegenheit. Für das Vergnügen sorgen Lamberg's Berg- und Zaubern, Ottens Schaufelsport, der schon seit 30 Jahren regelmäßig auf dem Schützenfest vertreten ist, die Söllensburg, bahn, große und kleine Karussells, Schießhallen, der Wundergarten des Harun al Raschid und viele andere.

Für Kinderbelustigungen, an denen alle Kinder teilnehmen konnten, wandte der Verein viele Mittel auf. Viel umlagert war die hohe Klettertange, von der sich ein Sechsjähriger als Erster ein Bund Schornsteine unter allgemeinem Jubel herunterholte. Rette Preise waren für Weichschinken, Sacklaufen, Wettlaufen, Ringelstechen, Scherenscheiden usw. ausgesetzt. Schokolade, Luftballons und viele andere Spielsachen wurden verteilt.

Die Mitglieder versammelten sich nachmittags im Garten, wo eine Kaffeetafel aufgebaut war, für die Mutter Frank, die Schützenwirtin, einen trefflichen Wodka brachte. Allen Herkommen gemäß wurde der vorjährige Schützenkönig, Emil Nielsen, mit der Königin im Wagen feierlich eingeholt und an der Tafel feierlich empfangen. Punkt 4 Uhr fiel in der Halle, wo Erich Berger die Schießleitung hatte, der erste Schuß, und das Schützenfest gleich stoll ein.

Der wohlgepflegte, hübsche Schützengarten des Vereinswirts Heinrich Franzen wurde von Gästen viel aufgesucht. Im Saal, wo alle drei Tage getanzt wird, drehten sich trotz der Hitze die Paare lustig nach dem Takte der Musik. Das Kunstbrilliantenfeuerwerk am Montagabend, das in dem reich mit Schieß- und Säumen bespangenen Garten immer eine wunderbare Wirkung ausübt, wird jedenfalls eine große Besucherschlange herbeiziehen.

Militärkonzert

Der Verein ehem. Angehöriger des 16. Infanterie-Regiments, heute am Sonnabend im „Riegelhof“ sein diesjähriges Konzert, das vom Musikföhrer des III. (Oldb.) Bataillons 16. Infanterie-Regiments bestritten wurde. In Anbetracht der vielen Ereignisse ähnlichen Charakters war der Besuch im Garten des Schützenhofes noch ein guter zu nennen; denn es mögen immerhin annähernd 400 Personen gewesen sein, die den wunderbaren Abend dort verbrachten. Unter den Gästen war die Mehrzahl sehr zahlreich, eine große Begeisterung, einschließlich einer Reihe von Offizieren des Standortkommandos. In Abwesenheit von Obermusikmeister Jung dirigierte Feldwebel Ahrens die Kapelle, eine nicht ganz leichte Aufgabe, der er aber ohne weiteres gerecht wurde. Allerdings war das Programm vernünftigerweise im wesentlichen auf Märche und sonstige militärische Stücke beschränkt worden, die aber das auch in der gewohnten Weise eine große Begeisterung erzielten. Wunderbar war wieder der große Reigen, der sich, der ja immer seine begeisterten Freunde findet. Sehr viel Beifall auf der ganzen Linie verschaffte den Besuchern die ermunternden Zugaben und dem festgebenden Verein die Gewißheit, daß der Abend ein voller Erfolg gewesen ist.

